



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung und
Netzpolitik -

Tagesordnung Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 18. Juni 2019

Vorlagen-Nr. 19-F-29-0006

Digitale Bürgersprechstunde -Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 12.06.2019

Die Gesellschaft wird weltweit immer digitaler. Daher gilt es auch in Wiesbaden, technische Möglichkeiten zu nutzen und neue Arten des Service bereitzustellen. Für einige einfache Anliegen und Anfragen müsste kein Gang zum Bürgerbüro oder zu einer Behörde mehr notwendig sein. (Hiervon wären datenschutzrelevante Themen ausgeschlossen.) Ludwigshafen macht es mit seiner WhatsApp Bürgersprechstunde vor. Tools wie dieser Messenger Dienst würden es möglich machen, einfache Anfragen oder Beschwerden ohne einen Behördengang vorzubringen und den Bürgern eine schnelle und unkomplizierte Antwort zu bieten. Zur Bereitstellung wäre lediglich die Anschaffung eines App-fähigen Smartphones nebst Bereitstellung eines Mobilfunkdienstes erforderlich. Somit könnten einerseits Ämter und Bürgerbüro vor Ort entlastet werden und eine schnellere flexiblere Bearbeitung von einfachen Anfragen und Beschwerden ermöglicht werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen und zu berichten, inwieweit es möglich wäre, die Durchführung einer digitalen Bürgersprechstunde über einen Messenger Dienst zum Beispiel im Bürgerbüro anzusiedeln und welche Gegebenheiten hierfür zu schaffen wären;
2. zu prüfen und zu berichten, welche Messenger Dienste infrage kommen, wobei insbesondere datenschutzrechtliche Gesichtspunkte zu beachten sind;
3. im Falle eines positiven Prüfungsergebnisses die Einführung einer digitalen Sprechstunde vorzubereiten und durchzuführen.

Beschluss Nr. 0040

- I. Die Ziffern 1. und 2. des Antrags der Fraktionen CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 12.06.2019 betr. „Digitale Bürgersprechstunde“, werden in folgender Form angenommen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen und zu berichten, inwieweit es möglich wäre, die Durchführung einer digitalen Bürgersprechstunde über einen Messenger Dienst zum Beispiel im **Bürgerreferat** anzusiedeln und welche Gegebenheiten hierfür zu schaffen wären;

2. zu prüfen und zu berichten, welche Messenger Dienste infrage kommen, wobei insbesondere datenschutzrechtliche Gesichtspunkte zu beachten sind;

II. Ziffer 3. gilt als eingebracht.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2019

Beyes
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .06.2019

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2019

Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Mende
Oberbürgermeister